

Editorial

von Holm Sundhaussen, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Osteuropalehre und -forschung befindet sich seit Beendigung des Ost-West-Gegensatzes in einer Krise. Galt die Beschäftigung mit Osteuropa sowohl in Zeiten des „Kalten Krieges“ wie der Entspannung als unverzichtbar, so ist sie nach dem Umbruch von 1989 in Frage gestellt. Warum? Ist Osteuropa seither weniger wichtig? Der Stellenwert von Osteuropabezogener Lehre und Forschung lässt sich nicht allein mit wissenschaftlichen Argumenten bestimmen. Er hängt auch (und in entscheidendem Maße) von fachfremden Gesichtspunkten ab, – von der Bedeutung, die der Beschäftigung mit den östlichen Nachbarn in unserer Gesellschaft zugemessen wird. Die Nachfrage nach Informationen über die postsozialistischen Länder hat angesichts der europäischen Integrationsprozesse und der jüngsten Krisen und Kriege in Teilen der Region stetig zugenommen. Auch wird niemand bestreiten, dass große Informationsdefizite bestehen. Aber welchen Beitrag die Universitäten zum Abbau dieser Defizite leisten können oder sollen (und in welcher institutionellen Form), wird höchst kontrovers verhandelt.

Das Osteuropa-Institut (OEI) der FU Berlin, das einzige universitäre Institut dieser Art in Deutschland, ist während der letzten acht Jahre viermal begutachtet worden: 1992 durch die Berliner Landeshochschulstrukturkommission (LHSK), 1993/94 durch eine speziell für das OEI eingesetzte auswärtige Gutachterkommission, drei Jahre später durch die Kommission für Entwicklung und Planung (EPK) der FU und 1999/2000 durch eine Kommission des Wissenschaftsrats (WR). Die Empfehlungen der vier Kommissionen fielen z.T. höchst widersprüchlich aus. Die LHSK, die sich mit dem Institut in einer Phase des Umbruchs beschäftigte, empfahl dessen Schließung. Die auswärtige Gutachterkommission, bestehend aus den Professoren Klaus von Beyme, Georg Brunner, Karl Eimermacher, Gernot Gutmann und Erwin Oberländer vertrat dagegen „ganz entschieden“ die Auffassung, dass das Institut erhalten bleiben müsse und hat dies auch detailliert begründet. Der von ihr vorgeschlagene Stellenplan umfasste zwei Varianten (Normal- und Minimalprogramm). Das „Minimalprogramm“ können wir vor dem Hintergrund geschrumpfter Ressourcen getrost vergessen. Das „Normalprogramm“ sah elf Professuren (darunter drei für Slawistik) und eine Gastprofessur vor. Die EPK reduzierte dieses „Minimalprogramm“ auf sechs Professuren (ohne Slawistik). Zur Zeit sind noch zwei Professuren besetzt. Der WR griff die Aussagen der LHSK von 1992 wieder auf und plädierte in einem vertraulichen Vorentwurf seines Gutachtens für die Auflösung des Instituts. In der Endfassung wurde statt Schließung eine weitere Evaluierung des OEI sowie aller anderen Regionaleinrichtungen an den drei Berliner Universitäten empfohlen. Das wird in den kommenden Monaten umgesetzt. Die vom Wissenschaftssenator zu diesem Zweck berufenen Gutachter stehen vor einer wenig beneidenswerten Aufgabe. Sie sollen den Zickzackkurs der letzten Jahre beenden und (zumindest mittelfristig) eine Grundlage für Planungssicherheit schaffen. Wie immer ihr Votum ausfallen mag, – es wird eine Verbesserung sein.

Die nachfolgenden Zeilen sind kein Plädoyer pro domo, sondern eine stichwortartige Auflistung ungelöster Probleme. Sie betreffen das OEI, gehen zum Teil aber weit darüber hinaus. Drei Problemschichten überlagern sich: die Frage nach der Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands Osteuropa,

die weiter reichende Frage nach der Zukunft von area studies im Zeitalter der Globalisierung und schließlich die Frage nach Vor- und Nachteilen, Chancen und Grenzen der Inter- oder Multidisziplinarität.

Macht der herkömmliche Osteuropa-Begriff nach dem Wegfall der realsozialistischen Klammer noch Sinn? Oder hat sich mit dem Kollaps des Systems auch der Raum in eine Vielzahl von Staaten und Gesellschaften zergliedert, die nichts mehr miteinander zu tun haben? Welche Länder gehören künftig zu Osteuropa, welche scheiden aus? Lösen sich die Konturen der Region im Zuge der Transformations- und Globalisierungsprozesse gänzlich auf? Und gilt das für alle Großräume oder nur speziell für Osteuropa? Spielt die Raumkategorie überhaupt noch eine Rolle? Wie verhalten sich „global players“ zu „regional players“ und „local players“? Letztere mögen auf der globalen Arena wenig ausrichten, aber vor Ort sind sie mitunter mächtiger als alle „global players“ zusammen. Lassen sich ihre Strategien und Instrumentarien verorten und bestimmten Kultur- und Konfliktmustern zuordnen oder sind sie auf ihre Art ebenfalls global? Wenn letzteres der Fall ist, bedarf es zu ihrer Untersuchung keiner regionalen Kompetenz. Die erforderlichen Informationen können unter Rückgriff auf die neuen Informations- und Kommunikationskanäle auch von Personen geliefert werden, die keine area-Kenntnisse besitzen. Wird somit die regionale und interkulturelle Kompetenz durch Internet und Globalisierung gegenstandslos? Oder verstärkt der Globalisierungsdruck die Hinwendung der Menschen zu raumgebundenen Identitäten? Provoziert er Gegenbewegungen? Und wie gehen wir schließlich mit der Tatsache um, dass mit den neuen Kommunikationsströmen nicht nur Informationen, sondern auch (und vermutlich in zunehmendem Maße) eine Flut von Desinformationen bereitgestellt werden?

Im Verlauf der letzten Jahre sind diese und ähnliche Fragen immer wieder gestellt, aber nie beantwortet worden. Vielleicht ist dies im Augenblick auch gar nicht möglich. Die Osteuropaforschung und -lehre ist von den Unwägbarkeiten in zweifacher Weise betroffen. Weder sind die Umgestaltungsprozesse seit 1989 abgeschlossen, noch lassen sich die Konsequenzen der Globalisierung realistisch einschätzen. Hinzu kommen wissenschaftsmethodische und -organisatorische Probleme: Soll die Beschäftigung mit Osteuropa oder einer anderen Region – ihre gesellschaftliche Akzeptanz einmal unterstellt – fächerübergreifend im Rahmen einer speziellen Organisationseinheit (Institut, Zentrum, inneruniversitär oder interuniversitär, zeitlich befristet oder dauerhaft) erfolgen oder im Rahmen der jeweiligen Fachbereiche resp. Fakultäten? Und welche praktischen Konsequenzen ergeben sich aus diesen Weichenstellungen? Ist die Interdisziplinarität eine Chance oder eine Sackgasse? Ermöglicht sie Fragestellungen und Erkenntnisse, die den Fachdisziplinen versperrt sind, oder führt sie zu einer unerwünschten Abkoppelung von den etablierten Fächern? Und welche Überlebenschancen haben regional definierte Professuren in ihren jeweiligen Fachbereichen? Zwar haben die meisten Professuren in den Geistes- und Sozialwissenschaften – unausgesprochen – eine regionale Ausrichtung (weil es die Weltkompetenz nicht mehr oder noch nicht gibt). Aber nur die außerhalb des „mainstreams“ liegenden Professuren gelten als „regional“. Und das ist ihr Problem.

Damit aber nicht genug. Ebenso wie die Gesellschaften und ihre Orientierungen wandeln sich auch die Universitäten. Doch die Richtung bleibt unklar. Mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme und dem „Sieg“ des Westens über den Osten sind zugleich auch die sozialistischen und westlichen Visionen verfliegen. Seither leben wir in der Welt des Postsozialismus, der Postmoderne, des Poststrukturalismus und sonstiger Post-Phänomene. Alles ist irgendwie post. Vor allem die Zukunft. Sie steht ganz im Zeichen von Pragmatismus, Effizienz und Kommerzialisierung. Allenthalben erblühen neue „centres of excellence“. Kein Ort, der darauf verzichten wollte. Und die Universitäten dürfen dem nicht nachstehen. Sie müssen die knappen Ressourcen sorgsamer nutzen und neue erschließen, die Ausbildungszeiten straffen und neue Angebote einführen, sie müssen die Lehre modernisieren und elektronisieren. Das wird auf den Weg gebracht. Die geplanten Veränderungen betreffen v.a. die Erweiterung und Modifizierung des Lehrangebots, den Ausbau von wissenschaftlichen Netzwerken und organisatorische Verbesserungen.

In den kommenden Monaten müssen wir uns wieder verstärkt den inhaltlichen Zielen zuwenden. Dabei geht es auch und wieder um Osteuropa (als Realität und Imagination in Vergangenheit und Gegenwart) und um die Zukunft der area studies. „Ewige“ Antworten wird (und darf) es auch dann nicht geben. Aber Orientierungsrahmen und Diskussionsforen. Die Beiträge im vorliegenden Heft sollen Anreize zur Auseinandersetzung bieten.

Mit freundlichen Grüßen

Holm Sundhaussen